

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

12. Sitzung
15. September 2022

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 17.10 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Ellen Haußdörfer (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sind Frau Senatorin Busse (BJF), Herr Staatssekretär Bozkurt (SenBJF) und Herr Staatssekretär Slotty (SenBJF) anwesend.
- Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen wird (Bild und Ton). Sie stellt diesbezüglich das Einvernehmen des Ausschusses fest. Weiterhin besteht Einvernehmen hinsichtlich von Bild- und Tonaufnahmen durch die anwesenden Medienvertreterinnen und -vertreter.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Im Vorfeld der Sitzung wurden folgende schriftliche Fragen eingereicht:

- „Wie viele Minderjährige beziehen Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket im Vergleich zur Zahl für den berlinpass-BuT Anspruchsberechtigten (bitte aufgeschlüsselt nach Leistungen und Bezirken für die Jahre 2018 bis 2022)?“
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- „Wird der Senat nach der Plakatkampagne zur Berliner Schulbauoffensive ‚Schon die Neue gesehen?‘ (Mittel i. H. v. rd. 285.000 Euro) nun eine zweite, korrigierende Informa-

tionskampagne – vielleicht unter dem Slogan ‚Sorry Leute, Schulen werden trotz eklatantem Schulplatzmangel doch nicht gebaut‘ auflegen?“

(AfD-Fraktion)

- „Wie bewertet die Senatsbildungsverwaltung die vom Senat beschlossene Finanz- und Investitionsplanung und sind Sonderregelungen für den Bereich Schulbau geplant?“

(Fraktion Die Linke)

Mündlich werden folgende Fragen gestellt:

- „Welche konkreten Maßnahmen wird der Senat ergreifen, um sicher zu stellen, dass keine der Freien Schulen aufgrund steigender Energiepreise den Betrieb einstellen muss?“

(Fraktion der FDP)

- „Wie bewertet der Senat das Geschäftsgebaren eines privaten Trägers in Lichterfelde, 700 € über einen Kitaförderverein von den Eltern zu verlangen und davon die Betreuung und die Gruppenzuordnung der Kinder abhängig zu machen und wie ist das mit dem KitaFöG vereinbar?“

(Fraktion der SPD)

- „Ist der Senat der Auffassung, dass sich Berlin den Wegfall der Zulage für Berufseinsteiger 2023 angesichts des drastischen Lehrermangels leisten kann und gilt dies auch für den Fall, dass bis dahin kein Nachteilsausgleich für diejenigen geschaffen wurde, die nicht verbeamtet werden können oder wollen?“

(Fraktion der CDU)

Nachdem Frau Senatorin Busse (BJF), Herr Staatssekretär Slotty (SenBJF) und Herr Staatssekretär Bozkurt (SenBJF) die Fragen beantwortet haben, schließt der Ausschuss Punkt 1 a) der Tagesordnung ab.

b) Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz

Frau Senatorin Busse (BJF) und Herr Staatssekretär Slotty (SenBJF) berichten und beantworten in diesem Zusammenhang Fragen der Ausschussmitglieder (siehe Inhaltsprotokoll).

Der Ausschuss schließt Punkt 1 b) der Tagesordnung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Bedarf an und Konzepte für die psychosoziale
Versorgung von Kindern und Jugendlichen**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0084](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs.

Frau Abg. Burkert-Eulitz (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 2 der Tagesordnung für die antragstellenden Fraktionen.

Frau Senatorin Busse (BJF) und Frau Stappenbeck (SenBJF) nehmen einleitend Stellung.

Es geben Stellungnahmen ab und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Burkhard Moisch, Leiter der Beratungsstellen bei der Johannesstift Diakonie Jugendhilfe,
- Herr Jens-Uwe Scharf, Fachreferent Kinder-, Jugend- und Familienhilfe bei dem Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.,
- Frau Karin Scheuermann, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin, Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft in Berlin – Mitte (PSAG Berlin-Mitte),
- Herr Prof. Dr. Julian Schmitz, Universitätsprofessor Klinische Kinder- und Jugendpsychologie an der Universität Leipzig.

Herr Prof. Dr. Schmitz ist zur Sitzung digital zugeschaltet.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Busse (BJF), Herr Staatssekretär Bozkurt (SenBJF) und Frau Hennersdorf (SenBJF) Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, den Punkt 2 der Tagesordnung zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die
Bereiche Bildung, Jugend und Familie**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0013](#)
BildJugFam

- b) Antrag der Fraktion der FDP [0010](#)
Drucksache 19/0084
Recht auf schulische Bildung pandemiegerecht garantieren
BildJugFam
- c) Antrag der Fraktion der CDU [0012](#)
Drucksache 19/0086
Mehr Eigenverantwortung für Berliner Schulen – Förderprogramm „Stark trotz Corona“ beschleunigen
BildJugFam
- d) Antrag der Fraktion der CDU [0036](#)
Drucksache 19/0127
Kein Weiter-so: Eltern, Lehrer und Schüler verdienen endlich eine zeitgemäße Senats-Strategie zur sicheren Schule trotz Coronawelle
BildJugFam
- e) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0062](#)
Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die schulische und duale Ausbildung sowie die Berufsorientierung an Schulen – Entwicklungen bei schwer erreichbaren Zielgruppen und verfügbaren Ausbildungsplätzen
BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 28.04.2022
- f) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 [0070](#)
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 19/0325
Verordnung zur Änderung der Schulstufen-COVID-19-Verordnung 2021/2022 und der Berufliche-Schulen-COVID-19-Verordnung 2021/2022 – VO-Nr. 19/072 –
BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion Die Linke)
- g) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 [0071](#)
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 19/0325
Zweite Verordnung zur Änderung der Schulstufen-COVID-19-Verordnung 2021/2022 und der Berufliche-Schulen-COVID-19-Verordnung 2021/2022 – VO-Nr. 19/074 –
BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion Die Linke)

Dem Ausschuss liegt zu Punkt 3 e) das Wortprotokoll der Sitzung vom 28. April 2022 vor.

Auf die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 a) der Tagesordnung wird verzichtet.

Herr Abg. Fresdorf (FDP) kündigt an, den Antrag zu Punkt 3 b) der Tagesordnung über das Plenum zurückzuziehen.

Frau Abg. Günther-Wünsch (CDU) begründet den Antrag zu Punkt 3 c) der Tagesordnung und kündigt an, den Antrag zu Punkt 3 d) der Tagesordnung über das Plenum zurückzuziehen.

Der Besprechungsbedarf zu Punkt 3 e) der Tagesordnung wurde bereits in der Sitzung am 28. April 2022 von Frau Abg. Aydin (SPD) begründet.

Ohne Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu Punkt 3 a):

Die Besprechung wird vertagt.

Zu Punkt 3 b):

Der Antrag wird vertagt.

Zu Punkt 3 c):

Der Antrag – Drucksache 19/0086 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Zu Punkt 3 d):

Der Antrag wird vertagt.

Zu Punkt 3 e):

Die Besprechung wird abgeschlossen.

Zu den Punkten 3 f) und 3 g):

Die Besprechungen werden mit Kenntnisnahme der Verordnungen abgeschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Auswirkungen des Krieges in Europa für die
Bereiche Bildung, Jugend und Familie**
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0048](#)
BildJugFam

- b) Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 19/0282

[0064](#)
BildJugFam

**Im Dreiklang und mit Rückenwind die Beschulung
der ukrainischen Kinder und Jugendlichen meistern**

Auf die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 4 a) der Tagesordnung wird verzichtet.

Frau Abg. Günther-Wünsch (CDU) begründet den Antrag zu Punkt 4 b) der Tagesordnung.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu Punkt 4 a):

Die Besprechung wird vertagt.

Zu Punkt 4 b):

Der Antrag – Drucksache 19/0282 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (13.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 29. September 2022, um 14.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Ellen Haußdörfer

Paul Fresdorf